

Die Wahrung der Würde

Heike Erdbrink über die Frauenberatung
Seite 2

Bürokratie und Wohnungslosigkeit

Wohnungslose Bürger scheitern nicht am Willen
Seite 3

Housing first startet erfolgreich

Netzwerke statt Glückstreffer
Seite 3

Wundertüte Streetwork

Kooperation mit Grenzen und Chancen
Seite 4

Heimathof Ruhr Hagen engagiert sich

70. Schlossspiele in Hohenlimburg
Seite 4

Leitwort

Präventiv agieren!

Wohnungslosigkeit von Frauen hat in den letzten 25 Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen, denn Frauen sind nach wie vor besonders vulnerabel, wenn es um den Verlust ihrer Unterkunft geht. Faktoren wie finanzielle Unsicherheiten, Gewalt in Partnerschaften, Scheidungen oder familiäre Konflikte tragen dazu bei, dass Frauen häufig von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Zudem sind Frauen oft mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, wie etwa der Betreuung von Kindern oder dem Mangel an sicheren Unterkünften, die speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.

Besonders problematisch ist dabei die geringe Anzahl an Frauenhäusern: Die Kapazitäten sind oftmals nicht ausreichend, um alle Frauen in Not aufzunehmen. Eine besondere Gefahr besteht für obdachlose Frauen auf der Straße, da sie kaum sichere Rückzugsorte finden und somit einem erhöhten Risiko für Gewalt, Missbrauch und gesundheitlichen Problemen ausgesetzt sind. Die Scham, die viele Frauen bei der Inanspruchnahme von Hilfe empfinden, führt dazu, dass Betroffene zögern, Unterstützung zu suchen, was ihre Situation verschlimmert.

Besonders herausfordernd ist auch die Situation bei Frauen mit psychischer Erkrankung und herausforderndem Verhalten. Diese Frauen benötigen oft spezielle, individuell angepasste Unterstützungsangebote, da ihre Bedürfnisse komplexer sind. Aus Sicht der Sozialarbeiterinnen in Beratungsstellen wird die Situation zunehmend herausfordernder. Die sinkende Anzahl an Anschlussperspektiven – also die Möglichkeiten, wohnungslose Frauen in stabile, langfristige Wohnverhältnisse zu vermitteln – erschwert die Arbeit erheblich. Deshalb müssen politische Maßnahmen darauf abzielen, die Ursachen von Wohnungslosigkeit bei Frauen in den Blick zu nehmen, frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen, beispielsweise durch die Verfügbarkeit von ausreichend öffentlich geförderten Wohnungen und Schutzraum zum Beispiel in Frauenhäusern.

Julia Trittin | Regionalleiterin



Von Frau zu Frau: zuhören, sprechen, beraten und Perspektiven entwickeln.

Ein Silberstreif am Horizont

25 Jahre „Beratung für Frauen in besonderen Lebenslagen“ steht nicht nur für die Geschichte eines Angebots, sondern vor allem für viele, sehr unterschiedliche Lebensgeschichten von Frauen mit verschiedensten Bedarfen und zudem für eine politische Entwicklung.

Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle haben täglich mit den Ängsten und Sorgen von Frauen zu tun, die sich im Alltag nicht mehr sicher oder wohlfühlen. Die sich nicht mehr akzeptiert fühlen oder keine entsprechenden Hilfen finden oder erhalten. Frauen, für die persönliche oder politische Entscheidungen unter Umständen prekäre Lebensbedingungen bedeuten.

Die Beratung wird täglich von Frauen aufgesucht, die in verdeckter Wohnungslosigkeit oder ganz sichtbar auf der Straße leben, die straucheln oder bereits sehr tief gefallen sind. Frauen, die nicht von der Vielzahl an Hilfsangeboten aufgefangen wurden bzw. die sie nicht erreichten.

Viele Frauen kamen in der großen Hoffnung auf Arbeit in Deutschland und ein besseres und sicheres Leben in unserem Land. Dies stellt sich dann als viel schwieriger heraus, sobald es zu Problemen kommt. Die Wege und Geschichten hinter den Frauen sind individuell und oft von vielen Schicksalsschlägen geprägt.

Individuelle Geschichten und Schicksalsschläge

Alle Frauen haben eines gemeinsam. Sie klingeln bei uns in der Hoffnung, dass sich Türen für sie öffnen. Das Thema fehlender Wohnraum steht im Vordergrund, aber die Themen Drumherum sind ebenso wichtig wie vielfältig: Gesundheit, Arbeit, Schulden,

Kinder, Schwangerschaft, Gewalt, Konsum ...

Mit Ämtern und Behörden wieder in Kontakt kommen

Oftmals geht es um eine Akutversorgung, eine Unterbringung in einer Notunterkunft oder in einem Frauenhaus. Ein erstes Wiederanknüpfen an die Gesellschaft.

Am Anfang steht meistens die Einrichtung einer postalischen Erreichbarkeit über die Beratungsstelle, um überhaupt wieder Möglichkeiten zu schaffen, z. B. mit Ämtern und Behörden in Kontakt zu kommen. Erst dann können Gelder beantragt werden, erst dann ist wieder eine Krankenversicherung gewährleistet.

Die nächsten Schritte sind z. B. die Eröffnung eines Kontos, die Beantragung eines Personalausweises, die Beantragung ambulanter oder stationärer Hilfen oder die Anregung einer gesetzlichen Betreuung. Instruktionen zur Wohnungssuche, Einrichtung einer E-Mailadresse, Entwicklung eines Bewerbungstextes zur Wohnungssuche, Anmeldung bei Wohnungsbaugesellschaften, Beratung und Begleitung. Insbesondere der Übergang in eigenen Wohnraum und die behördlichen Angelegenheiten überfordern die meisten Frauen in ihrer aktuellen Lebenslage.

Rückzugsort und Schutzraum bieten

Für einige Frauen geht es aber auch nur darum, sich bei uns entlasten zu können, sich duschen und ihre Wäsche waschen zu können. Gespräche zu führen und an einem Ort zu sein, an dem sie sich zurückziehen können und ihnen zugehört wird. Nicht angestarrt, nicht abgewertet, nicht weggeschoben zu werden. Manchmal sind wir der geringste Kontakt, der zugelassen werden kann, der über Jahre hinweg als stiller Begleiter fungiert und irgendwann abgerufen wird, wenn der Leidensdruck zu hoch ist. Dann halten wir uns zurück, warten ab und begleiten, auch ohne viel zu fordern. Ein Schutzraum für Frauen zu schaffen, ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden und die Beratung für Frauen ist ein großer Teil dessen. Doch dieser reicht leider nicht immer aus.

Frauenspezifische Angebote sind Mangelware

Die politischen Akteure gestalten unsere Arbeit mit. Hier wird über Angebote entschieden, bleiben diese erhalten oder aufgegeben, werden sie ausgebaut oder wird drastisch gekürzt. Auf diese Rahmenbedingungen haben wir wenig Einfluss. Ob beispielsweise sozialer Wohnungsbau gefördert wird und so die generelle Problematik angegangen wird, liegt nicht in unserer Hand. Versuche, die Menschen in besonderen Lebenslagen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, werden leider wieder populär. Die Schaffung insbesondere von frauenspezifischen Angeboten wird oft vernachlässigt. Wir hoffen für die Zukunft auf zielgerichtete Angebote für Frauen, auf Notwohnungen, auf niedrigschwellige Zugänge im Behördenwesen. Auf einen Silberstreif am Horizont.

Leonhard Wohlfahrt | Bereichsleiter

Heike Erdbrink könnte stundenlang erzählen. Von ersten Ideen, von schönen und traurigen Erlebnissen, von Erfahrungen und von Frauen, deren Schicksalen, Lebenswegen und Träumen. Gemeinsam mit zwei weiteren Kolleginnen hat die diplomierte Sozialpädagogin seit der Gründung der Frauenberatungsstelle 1999 zahlreiche Frauen beraten und begleitet, bevor sie 2024 in die Freistellung, bzw. Altersteilzeit ging. Zu ihr kamen Frauen, die sich aus ihrem schwierigen sozialen Umfeld lösen mussten oder wollten, geflüchtet waren, die von Wohnungslosigkeit bedroht und betroffen waren, die sich in Lebensumbrüchen befanden.

Warum entstand in Bielefeld eine Beratungsstelle für Frauen?

Es gab in den 1980er Jahren in Bielefeld zwei Beratungsstellen für Menschen in besonderen Lebenslagen, eine von der Stadt Bielefeld und eine von Bethel. Beide hatten inhaltlich eher wenig miteinander zu tun. Bethel war zuständig für diejenigen Wohnungslosen, die reisten oder neu hinzuzogen und die Stadt Bielefeld für all diejenigen, die schon länger als drei Monate in Bielefeld waren. Ich arbeitete für die Stadt Bielefeld. Und dann gab es dieses eine Telefonat mit der Kollegin Christiane Ruhig, die damals für die Beratungsstelle von Bethel arbeitete. Zum Ende fragte sie mich: „Sag mal, wie ist das denn bei euch eigentlich mit den Frauen?“ Rückblickend würde ich sagen, der Satz hat alles ins Rollen gebracht.

Warum?

Die Wohnungsnotfallhilfe ist bis heute ein männerdominierter Bereich. Es gab aber schon immer eine feste Größe von Frauen, damals so 20 bis 25 Prozent, die ohne eigenen Wohnraum bei Freundinnen und Freunden oder Bekannten unterkamen sehr wenige lebten auch auf der Straße. Und Frauen haben einen anderen Hilfebedarf als Männer, kommen häufig mit anderen Biografien.

Zwischen 1992 und 1994 entstand Folgendes: Trägerübergreifend boten wir als Kolleginnen zunächst ein Frauenfrühstück für unsere Klientinnen an, schauten uns gemeinsam das Versorgungssystem Bielefelds an, was damals natürlich noch ein anderes war. Wir luden alle uns bekannten Einrichtungen, die auch mit wohnungslosen Frauen zu tun hatten, zu einem runden Tisch ein, mit der Fragestellung: Wer macht eigentlich was, wo tauchen wohnungslose Frauen überall auf, was brauchen sie? Alle eingeladenen Mitar-



„Die meisten haben einen Traum“

beiterinnen von insgesamt 13 Einrichtungen Bielefelds sind stellvertretend in Absprache mit den jeweiligen Leitungen gekommen! Daraus entstand dann später der „Arbeitskreis Frauen und Wohnungslosigkeit in Bielefeld“, ein bis heute bestehendes kommunales Netzwerk von Mitarbeiterinnen der Basisarbeit. In diesem Arbeitskreis wurde das Konzept der Beratung für Frauen in besonderen Lebenslagen von uns Kolleginnen gemeinsam entwickelt.

Was brauchen Frauen?

Wir haben zunächst eine Erhebung gemacht, in Form eines Fragebogens. Dieser wurde von der Universität Bielefeld ausgewertet. Dabei stellte sich heraus, dass sich Frauen einen eigenen Ort wünschen und benötigen, eine eigene Anlaufstelle. Einen Rückzugsort mit eigenen Ansprechpartnerinnen. Es gibt bei Frauen bis heute die sogenannte verdeckte Wohnungslosigkeit. Sie verharren u. a. in Partnerschaften oder familiären Zusammenhängen, die längst toxisch und krankmachend sind und die Fachöffentlichkeit erfährt es nicht. Auch aufgrund großer Scham suchen sie deutlich später als Männer das Hilfesystem auf. So viele Frauen saßen mir weinend gegenüber, weil sie sich so sehr schämten. Und ich habe dann immer gesagt: „Wie gut, dass Sie da sind! Sie haben jetzt den ersten Schritt gemacht zu einer Verbesserung Ihrer Situation!“

Also kamen die Frauen von Anfang an alleine?

Anfangs durften Männer die Frauen zu uns in die Beratungsstelle begleiten. Das haben wir schnell geändert und ein Zutrittsverbot für Männer eingeführt. Es kam zu unschönen Situationen, da sie sich nicht an die Hausregeln hielten. Deutlich spürbar wurde aber auch, dass es ohne die Männer eine andere Offenheit in der Beratung selbst gab. Die Frauen konnten hier selbst steuern, Eigen-

verantwortung übernehmen. Für viele war es die einzige Möglichkeit, persönlich mit einer anderen Frau ins Gespräch zu gehen und Abhängigkeiten und Machtstrukturen zumindest vorübergehend hinter sich zu lassen.

Es gibt Sätze, die sich ins Gedächtnis einbrennen. Eine Klientin sagte damals zu mir: „Ich mag meinen Freund total, er soll gerne überall dabei sein. Aber das hier, das ist endlich mal etwas nur für mich alleine.“

Erinnern Sie sich noch an ihre erste Klientin?

Ja. Ich weiß sogar noch ihren Vornamen. Katy, sie war schätzungsweise 25 und nicht lange bei uns in der Beratung. Ich habe gelernt, dass es eine große Spannweite gibt, bezogen auf den Hilfebedarf, welche eigenen Ressourcen die Frauen mitbringen, welche Erwartungen wir als Beraterinnen zugrunde legen können. Wir waren und sind immer konzentriert darauf zu schauen: Was ist möglich? Und das ganz individuell. Und eine meiner letzten Klientinnen heißt Grazyna. Sie ist heute nicht mehr auf die Unterstützung der Wohnungsnotfallhilfe angewiesen, was mich freut.

Wie war das genau in den Anfängen? Haben Ihnen die Frauen gleich die Tür eingeringelt?

Wir waren damals mit erstem Standort in einer großen Altbauwohnung in der August-Bebel-Straße. Und als wir angingen, hatten wir von Beginn an einen steigenden Zulauf, der sich recht konstant zwischen 70 und 90 Frauen in der Beratung einpendelte. Also ja, die Nachfrage war von Anfang an groß, auch wenn wir einerseits mehr „werben“ mussten, da viele Frauen sehr zurückhaltend waren und dem Angebot zunächst zögerlich gegenüberstanden. Auf der anderen Seite erreichten wir mit dem eigenen Angebot die Frauen, die eine gemischtgeschlechtliche Beratungsstelle nie aufgesucht hätten.

Hat sich die Zielgruppe der Beratungsstelle im Laufe der Jahre verändert?

Ja. Zum einen hat sich der Altersdurchschnitt geändert. Am Anfang waren es sehr junge Frauen, hauptsächlich zwischen 20 und 29 Jahren, was auch durchaus eine Herausforderung darstellte.

Dann kam es durch die Migrationsbewegung in 2015, vor allem innerhalb der EU, zu einem absoluten Anstieg von Frauen aus Griechenland und Bulgarien, die deutlich älter waren. Wir hatten dann phasenweise bis zu 130 Frauen, auch mit Kindern, auf der Postliste; eine deutlich höhere Auftrittsrate pro Woche, mussten bei Personalgleichstand, d. h. mit drei halben Stellen, den Arbeitsalltag bewältigen: Tür, Empfang, Telefon und Beratung. Mehr Frauen mit einem Flüchtlings- oder Migrationshintergrund

heißt ganz klar: Sprachbarrieren. In einem absoluten Notfall hat dann einmal ein zehnjähriges Kind gedolmetscht. Glücklicherweise war dies ein Einzelfall.

Und eine weitere spürbare Veränderung: Die Multiproblemlagen häuften sich. Früher hatten wir vereinzelt Frauen, die eine rechtliche Betreuung hatten. Heute sind es deutlich mehr Frauen mit schweren Erkrankungen aus Sucht und oder Psychiatrie, die die Möglichkeiten einer ambulanten Beratungsstelle hin und wieder sprengen. Zudem werden auch andere Suchtmittel konsumiert, bspw. synthetische Drogen, die zu anderen Verläufen, wie z. B. zu einem rascheren physischen und psychischen Abbau, führen können.

Wohnungslosigkeit ist in der Regel immer das Ergebnis, die Folge oder Konsequenz von einem Geschehen im Vorlauf, das darf man nicht vergessen.

Die Migrationspolitik hatte also unmittelbare Auswirkungen auf ihre Arbeit. Welche politischen oder sozialen Entwicklungen zählen noch dazu?

Wir hatten in den 1990er Jahren eine andere weltpolitische Stabilität. Die Migrationsveränderungen in der EU, das Scheitern auch von anerkannt Geflüchteten – all das sehen wir auch in der Beratung und müssen dies berücksichtigen.

Neben der veränderten Struktur der Nutzerinnen ist es sicherlich die Wohnraumpolitik, die die Situation maximal verschärft hat. Es gibt extrem wenig bis gar keinen bezahlbaren Wohnraum für unseren Personenkreis. Hier eine realistische Perspektive zu entwickeln, ist häufig kaum möglich.

Als dritter Aspekt ist unbedingt die Pandemie zu nennen. Corona hatte enorme Auswirkungen. Die meisten Türen waren verschlossen, Termine nur nach Absprache möglich, Beratungen, zeitlich begrenzt, Frauen in der Beratung einpendelte. Also ja, die Nachfrage war von Anfang an groß, auch wenn wir einerseits mehr „werben“ mussten, da viele Frauen sehr zurückhaltend waren und dem Angebot zunächst zögerlich gegenüberstanden. Auf der anderen Seite erreichten wir mit dem eigenen Angebot die Frauen, die eine gemischtgeschlechtliche Beratungsstelle nie aufgesucht hätten.

Hat sich die Zielgruppe der Beratungsstelle im Laufe der Jahre verändert?

Ja. Zum einen hat sich der Altersdurchschnitt geändert. Am Anfang waren es sehr junge Frauen, hauptsächlich zwischen 20 und 29 Jahren, was auch durchaus eine Herausforderung darstellte.

Dann kam es durch die Migrationsbewegung in 2015, vor allem innerhalb der EU, zu einem absoluten Anstieg von Frauen aus Griechenland und Bulgarien, die deutlich älter waren. Wir hatten dann phasenweise bis zu 130 Frauen, auch mit Kindern, auf der Postliste; eine deutlich höhere Auftrittsrate pro Woche, mussten bei Personalgleichstand, d. h. mit drei halben Stellen, den Arbeitsalltag bewältigen: Tür, Empfang, Telefon und Beratung. Mehr Frauen mit einem Flüchtlings- oder Migrationshintergrund

Netzwerkarbeit ist m. E. so wichtig wie niemals zuvor. Das Profil des eigenen Angebots

zu schärfen, aber Kenntnis über alternative Angebote zu haben und hier gemeinsam im Verbund Versorgungslücken zu schließen, das braucht in erster Linie den überzeugten Willen dazu, Ausdauer und Zeit.

Gab es Meilensteine, die besonders prägend für die Entwicklung der Beratungsstelle waren?

Sicherlich die Anfangszeit, das Frauenfrühstück, die konkrete Arbeitsaufnahme des Arbeitskreises, diese unglaublich kreative Phase, in der wir geschaut haben, was fehlt und den Finger in die entsprechenden Wunden gelegt haben. Dann der Umzug von der August-Bebel-Straße in die Falkstraße, als die Stadt Bielefeld sich 2003 aus dem Angebot zurückzog und Bethel alles übernahm. Die Arbeit in der Beratungsstelle änderte sich zwar dadurch nicht maßgeblich, das Konzept hatte ja Bestand.

Gab es auch schöne Erlebnisse?

Immer wieder gab es die auf sehr unterschiedlichen Ebenen. Bei einer Frau bin ich nur froh, dass sie überhaupt überlebt hat. In einem Winter bin ich mit dem Fahrrad vor der Öffnungszeit der Beratungsstelle in die Innenstadt gefahren und habe nach ihr geschaut, da sie draußen schlief. Es dauerte schließlich neun Monate, bis der Antrag auf rechtliche Betreuung genehmigt wurde und die Betreuung sich endlich intensivieren konnte. Ich erinnere mich gut an den Schriftwechsel mit dem zuständigen Richter. „Es geht hier auch um die Wahrung der Würde dieser Frau!“, darauf habe ich deutlich hingewiesen. Die Auswirkungen ihrer schweren psychischen Erkrankung nahmen ihr jede Würde und es war absolut inakzeptabel, sie sich selbst zu überlassen. Sie lebt bis heute in einer Einrichtung und ist dort den Umständen entsprechend gut aufgehoben.

Es gibt Frauen, die brauchen nicht viel von uns und kommen selbst mit unseren Informationen und Tipps gut weiter. Bei anderen ist es ein Erfolg, dass sie überhaupt kommen und den Kontakt zulassen können.

Ja, und die meisten Frauen haben einen Traum. Ich habe häufig danach gefragt. Es ist nie der sogenannte „Griff nach den Sternen“ gewesen. Die meisten Frauen wünschen sich ein ganz normales Leben, so wie Sie und ich es wahrscheinlich führen. Dazu gehört eine Wohnung, Arbeit, Unabhängigkeit und vielleicht auch PartnerInnenschaft und Familie.

Warum haben Sie diese Arbeit so gerne gemacht?

Etwas von Grund auf entwickelt zu haben, macht es zu etwas Besonderem. Es war für mich eine klare Entscheidung, mit Frauen arbeiten zu wollen. Einfacher war das nicht unbedingt, denn ich empfinde Frauen hin und wieder ein wenig „gnadenloser“ miteinander. Als mir die Stelle angeboten wurde, habe ich keine Sekunde gezögert. Ich hatte über all die Jahre immer das Gefühl, am richtigen Ort zu sein und habe gelernt, Erfolge individuell zu bewerten und meine eigenen Erwartungen immer wieder zu hinterfragen und anzupassen. Was ich machen konnte, war offensichtlich wertvoll für die Frauen, die kamen. Das haben sie mir so oft dankbar gespiegelt. Und wenn es nur das war, dass ich zuhörte und erreichbar war. In dieser Tätigkeit muss man sicherlich ein bisschen streitbar sein und vor allem beharrlich. Aber es war mein Thema – gar keine Frage.

Julia Negri-Küster | Referentin



Digitaler Aufnahmebogen

Barrieren abbauen – Zugänge schaffen

In den drei Heimathöfen in Castrop-Rauxel, Gelsenkirchen und Hagen wie in der Wohnungsnotfallhilfe allgemein wird viel Zeit darauf verwendet, auf die Angebote aufmerksam zu machen und Akquise zu betreiben, damit Betroffene den Weg zu Unterstützungsleistungen schneller und einfacher finden.

Dr. Ralf Demmel, therapeutischer Leiter der Heimathöfe, entwickelte den so genannten „Anamnesebogen“, der dazu dient, sich auf die wöchentlichen Informationsge-

sprache vorzubereiten. Diese Gespräche erleichtern den Teams im Vorfeld, einen Eindruck der Ressourcen und des Hilfebedarfes jedes Einzelnen zu gewinnen, auf die dann im persönlichen Gespräch besser eingegangen werden kann. Die Fragen im Bogen sind im „Multiple Choice“-Verfahren erstellt und daher schnell zu beantworten.

Die 2024 umgesetzte, spendenfinanzierte Digitalisierung des Bogens hat das Ziel, Hürden für wohnungslose Menschen abzubauen. Während die digitale Teilhabe

in unseren Angeboten durch kostenloses WLAN bereits weitestgehend ermöglicht wurde, laufen die Anfragen und Aufnahmeverfahren häufig noch analog. Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, können uns nun den Bogen direkt von öffentlichen Plätzen aus mit ihrem Smartphone zuzusenden.

Die Heimathöfe sollen mit dem digitalen Bogen zukunftsfähig bleiben und Betroffene erreichen, die momentan nicht oder erst viel später im Hilfesystem ankommen. Natürlich ist auch die analoge oder tele-

fonische Anfrage weiter möglich und diese Form wird momentan auch noch bevorzugt. Aber immer mehr Bogen finden per Mail auch den digitalen Weg in unsere Einrichtungen, hier werden diese direkt ausgewertet und müssen nicht mehr ausgedruckt werden.

Die Schwierigkeit bestand darin, dass gesamte Projekt datenschutzkonform umzusetzen, Daten werden daher maximal eine Woche auf einem geschützten Server gespeichert. Bisher sind digital in allen drei Einrichtungen 45 digitale Anfragen eingegangen. Davon wurden 13 Infogespräche vereinbart, neun fanden statt. Zwei Aufnahmen waren erfolgreich zwei weitere sind in Planung.

Henning Ebbinghaus | Bereichsleiter

Housing First startet erfolgreich in der Wohnungsnotfallhilfe

Seit dem vergangenen Jahr setzt das Ambulant und Intensiv Betreute Wohnen in Hagen Bethel regional auf einen neuen, wirkungsvollen Ansatz: Housing First. Das vom Land-schaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) geförderte Projekt verfolgt das Ziel, Menschen mit Wohnungslosigkeit schnell und ohne Vorbedingungen in eigenen Wohnraum zu bringen – mit regulärem Mietvertrag und professioneller Unterstützung.

Der Start verlief vielversprechend: Im September 2024 zog der erste Klient in eine eigene Wohnung ein, es folgten weitere Einzüge im Mai 2025 und für Juli ist bereits der nächste Wohnungsbezug anvisiert. Bis zum Jahresende könnten bis zu zehn Einheiten belegt sein – ein realistisches Ziel bei der aktuellen Dynamik.

Ein sozialpolitischer Perspektivwechsel

Beim Housing First steht das Prinzip „Wohnen ohne Vorbedingungen“ im Mittelpunkt. Menschen mit komplexem Hilfebedarf erhalten sofort eine eigene Wohnung und parallel ein bedarfsorientiertes Unterstützungsangebot.

Zielgruppe des Projekts sind in erster Linie alleinstehende wohnungslose Personen mit langjähriger oder wiederkehrender

Wohnungslosigkeit – in der Regel über ein Jahr ohne Wohnung oder mit mindestens vier Episoden innerhalb von drei Jahren. Besonders priorisiert werden unter anderem obdachlose Frauen, ältere Männer ab 50 mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie Menschen mit verfestigter Obdachlosigkeit und Pflegebedarf.

Die soziale Situation der Betroffenen ist häufig von Bruchlinien geprägt – doch das bedeutet keineswegs, dass sie keine Ressourcen mitbringen. Ein sicheres Zuhause kann genau der Anker sein, um wieder Tritt zu fassen. Der Klient der ersten Einheit formuliert es eindrucksvoll: „Ich hatte seit 20 Jahren keine Küche mehr. Jetzt kann ich endlich wieder kochen – für mich und für meine Freunde.“ Die neue Wohnung erlaubt ihm, soziale Beziehungen wieder zu pflegen, Selbstwirksamkeit zu erleben und sein Leben aktiv zu gestalten.

Netzwerke statt Glückstreffer

Ein zentrales Element des Erfolgs ist die Netzwerkarbeit. Das Projekt ist außerhalb fachlicher Kreise bislang wenig bekannt, was aktives Zugehen auf Eigentümer:innen notwendig macht. Die Erfahrung zeigt jedoch: Hat man erst das Gespräch gesucht, sind viele Vermieter:innen offen – gerade wegen der strukturierten und unterstützten Rahmenbedingungen.

Mehrere Eigentümer:innen haben bereits Interesse bekundet, Wohnungen bereitzustellen oder sogar gezielt Immobilien für das Projekt zu erwerben. Die sozialräumliche Einbindung – etwa durch Einzelwohnungen in Mehrparteienhäusern – wird dabei ausdrücklich gefördert.

Ein starkes Team – ein starkes Fundament

Die Umsetzung erfolgt durch das bestehende Team der ambulanten Dienste. Fachkräfte wie Sozialarbeiter:innen bringen ihr Wissen und ihre Erfahrung ein und sorgen so für eine stabile Begleitung der Klient:innen. Die Zusammenarbeit mit dem LWL wird als sehr konstruktiv erlebt: Das Förderprogramm bietet sowohl personell als auch finanziell gute Bedingungen, um langfristige Perspektiven zu schaffen.

Fazit: Mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Housing First ist mehr als ein Projekt – es ist ein sozialpolitisches Bekenntnis zur Würde, zur Teilhabe und zur realen Chance auf ein neues Leben. In Bethel zeigt sich bereits nach kurzer Zeit: Wenn Menschen ein Zuhause bekommen, entstehen Stabilität, Entwicklung und echte Zukunftsperspektiven. Genau das braucht es, um Wohnungslosigkeit wirksam und nachhaltig zu begegnen.

Marcel Schmidt | Bereichsleiter



Wie die Bürokratie Wohnungslose scheitern lässt

Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland nimmt von Jahr zu Jahr zu. Die meisten von ihnen haben in irgendeiner Form Anspruch auf Sozialleistungen. Aber: Viele Leistungsberechtigte machen ihre Ansprüche auf Sozialleistungen nicht geltend. Wie groß die Kluft zwischen Anspruch und tatsächlichem Bezug ist, lässt sich schwer beziffern. Beim Bürgergeld schätzen einige Experten und Expertinnen, dass bis zu einem Drittel der Menschen, die Anspruch auf Bürgergeld haben, kein Bürgergeld beantragen.

Die Beweggründe, keine Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, sind vielfältig und wenig erforscht. Sicherlich spielen Scham und mangelndes Wissen über bestehende Hilfen eine Rolle. Im Otto-Riethmüller-Haus, einer pädagogischen Einrichtung für Wohnungslose, betreuen wir viele Menschen, die schlichtweg überfordert sind mit der deutschen Bürokratie.

In einer Einrichtung aufgenommen zu werden, ist für wohnungslose Menschen alles andere als einfach. Wer zu uns ins Otto-Riethmüller-Haus kommt, hat bereits zahlreiche Hürden überwunden. Eigentlich sollte die Wohnungsnotfallhilfe eine schnelle und unkomplizierte Unterstützung bieten, doch das ist in der Praxis selten der Fall. Betroffene müssen ihren Hilfebedarf klar nachweisen, immer wieder zu Terminen beim Leistungsträger erscheinen, der die Hilfe gewähren soll, und lange Wartezeiten bis zur Aufnahme in der Einrichtung in Kauf nehmen. Wer sich für diesen Weg entscheidet, muss Geduld und Durchhaltevermögen

mitbringen. Viele Hilfesuchende brechen den Aufnahmeprozess frustriert ab. Manche geben auf, andere werden aufgegeben: Behörden lehnen Anträge ab, beispielsweise mit der Begründung, ihre Kommune sei nicht für den Fall zuständig, sondern der letzte Wohnort der wohnungslosen Person. Der Antrag müsse dort erneut gestellt werden. Hilfeempfänger sind dadurch nicht zwangsläufig diejenigen mit dem größten Hilfebedarf. Sie sind diejenigen, die das Eingangsverfahren meistern.

Die Auseinandersetzung mit der Bürokratie nimmt mit der Aufnahme in einer Einrichtung kein Ende. Die Leistungsgewährung ist zeitlich befristet und an Bedingungen geknüpft. In der Regel erwartet der Leistungsträger alle sechs Monate einen Hilfeplan, aus dem die Fortschritte hervorgehen, die die betreute Person gemacht hat. Keine Fortschritte, keine Weitergewährung der Hilfe – eine unsichere Situation. Die Unterkunft ist ebenfalls gefährdet, wenn der eigene finanzielle Beitrag zum Lebensunterhalt nicht geleistet werden kann.

Manche von Wohnungslosigkeit Betroffene im Otto-Riethmüller-Haus finanzieren sich durch Arbeit, die meisten sind auf Sozialleistungen angewiesen. Laut Bericht der Expertenkommission „Handlungsfähiger Staat“ existieren in Deutschland bundesweit 170 verschiedene soziale Hilfen und Förderungen. Wie genau sie umgesetzt werden, kann sich je nach Bundesland oder Kommune unterscheiden. Als Bürger/Bürgerin den Überblick zu behalten, wo welche Gelder zu beantragen sind, stellt eine Herausforderung dar. Manchmal ist den Ämtern selbst nicht klar, wer zuständig ist. >>>



AUS UNSERER WELT

>>> Bestimmte Leistungen schließen einander aus, so dass eine Leistung Vorrang vor der anderen hat. Andere Leistungen wiederum ergänzen einander. Die wohnungslose Person ist mit der Frage konfrontiert, welchen Antrag sie stellen muss; reicht ein Antrag oder muss sie verschiedene Leistungen beantragen?

Wer es trotz dieser Hürden bis zur Antragstellung schafft, steht vor dem nächsten Problem. Anträge sind in einer Sprache verfasst, die nicht allgemein verständlich ist. Der Bürgergeldantrag in leichter Sprache existiert bislang nicht. Ein unvollständig oder falsch

ausgefüllter Antrag kann schwerwiegende Folgen haben: die Kürzung oder Streichung von Leistungen.

Im Zuge der Digitalisierung stellen immer mehr Ämter auf digitale Anträge um und erschweren damit die Zugangsvoraussetzungen zu Leistungen noch mehr. Viele Jobcenter erwarten, dass Anträge über die App eingereicht werden, auch die Kommunikation läuft online. (Zurzeit sind Papieranträge beim Jobcenter Bielefeld noch möglich.) Neben digitaler Kompetenz, die nicht jeder hat, sind ein Smartphone oder ein anderes internetfähiges Endgerät nötig sowie Zugang

zum Internet. Digitale Ausgrenzung führt zu Leistungsausgrenzung. Der Antrag ist ausgefüllt, jetzt sind die Nachweise fällig. Wer auf der Straße gelebt hat, hat andere Prioritäten, als lückenlos Papiere aufzubewahren, die Aufschluss über seine Finanzen geben. Fehlen Nachweise, müssen sie innerhalb einer Frist nachgereicht werden, sonst wird der Antrag abgelehnt. Der Druck ist enorm.

Angenommen, all diese Hindernisse sind überwunden. Die erforderlichen Unterlagen liegen dem Amt vor, das über den Antrag entscheiden muss. Und sich Zeit lässt. Die Bearbeitung von Anträgen durch Ämter dau-

ert, manchmal Monate. Bleiben Zahlungen aus, ist nicht nur der Lebensunterhalt bedroht, auch der Platz in der Einrichtung steht auf dem Spiel.

Von Wohnungslosigkeit Betroffene in Einrichtungen haben den Vorteil, dass ihnen Sozialarbeitende zur Seite stehen. Sie helfen ihnen bei der Antragstellung und Kommunikation mit Behörden. Wohnungslose Menschen auf der Straße sind häufig auf sich alleine gestellt. Die Hindernisse für die Betroffenen in Einrichtungen sind groß, für wohnungslose Menschen auf der Straße sind sie noch viel größer.

In der Praxis werden Antragstellende oft zu Bittstellenden degradiert. Durch die Nichtinanspruchnahme von Leistungen spart der Staat kurzfristig Geld, vermindert aber langfristig die Lebenschancen der Menschen, die er im Stich lässt. Deutschland ist kein Unternehmen, sondern ein Sozialstaat, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Ein Sozialstaat muss sicherstellen, dass seine Leistungen diejenigen erreichen, die sie brauchen. Wohnungslose Bürger scheitern nicht an ihrem Willen, sondern an einem System, das sie überfordert, ausschließt und im Stich lässt.

Constanze Gottlieb | Regionalleiterin



Wundertüte Streetwork

Welchen Herausforderungen begegnen Streetworkerinnen und Streetworker in Bielefeld? Auf welche Erfolge blickt die „Wundertüte Streetwork“ zurück? Diese und weitere Fragen waren Thema beim Bielefelder Impulstag „Wundertüte Streetwork – Kooperation mit Grenzen und Chancen“ im September 2024 im Lichtwerk Bielefeld. Die Träger des Kooperationsmodells Streetwork luden am „Tag der Wohnungslosen“ ein, über die zuneh-

menden sozialen Herausforderungen auf den Straßen und Plätzen in Bielefeld zu diskutieren, Eindrücke zu teilen und eigene Impulse einzubringen.

Beim „Impuls II: Menschen auf der Straße kommen zu Wort“ sprach Leona Husemann von Bethel.regional mit Julius Krahn von der Diakonie für Bielefeld. Der „Impuls III“ widmete sich den „Grenzen und Chancen von Streetwork“. Hier war Ann-

Christin Brinkmann von der Drogenberatung Bielefeld e.V. im Gespräch mit Judita Cerna vom Büro für Sozialplanung der Stadt Bielefeld und Dorothee Engelbrecht von Bethel.regional. Das Netzwerk Wohnungslosenhilfe hatte im Foyer des Lichtwerks die Möglichkeit, sich vorzustellen und mit interessierten Personen ins Gespräch zu kommen. Das Foto zeigt Regionalleiterin Andrea Kröpp im Gespräch mit einem Kollegen der Stadt Bielefeld. JNK

70. Schlossspiele in Hohenlimburg

Ein Fest der Kultur und Tradition

Die Schlossspiele in Hohenlimburg feierten in 2024 ein ganz besonderes Jubiläum: Zum 70. Mal verwandelte sich der malerische Schlosshof in eine Bühne für Kunst und Kultur. Eine bewährte Tradition ist die tatkräftige Unterstützung durch die Klientinnen und Klienten des Heimathofes Ruhr Hagen, die auch bei den Jubiläumsfestspielen wieder mit viel Engagement dabei waren. Sie halfen aktiv bei der Organisation und Durchführung der Veranstaltungen. „Es ist uns eine Herzensan-

gelegenheit, Teil dieser Tradition zu sein“, erklärt Henning Ebbinghaus, Bereichsleiter des Heimathofes. „Die Schlossspiele sind nicht nur ein kulturelles Highlight für Hohenlimburg, sondern auch eine wunderbare Gelegenheit für unsere Klientinnen und Klienten, ihre Talente zu zeigen und sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.“ Die Kollekte des ökumenischen Gottesdienstes der Schlossspiele in Höhe von 608 Euro kam den Klientinnen und Klienten des Heimathofes zugute. TLU



Mittendrin: Heimathöfe präsentieren sich

August 2024 fanden die diesjährigen Medientage im Rahmen der Kampagne „100% ErLeben“ in Gelsenkirchen statt. Es war eine gemeinsame Aktionswoche der Fachstelle für Suchtvorbeugung, des Gesundheits- und Jugendamtes und der Suchtselbsthilfe-Kontaktstelle. Auch der Heimathof Ruhr beteiligte sich seit Jahren an der „100% ErLeben“-Kampagne im Rahmen der Suchtpräventions- und Gesundheitstage mit einem alkoholfreien Cocktailstand. Klientinnen und Klienten teilten ihre Geschichten und Erfahrungen über Alkohol- und Drogenkonsum, um junge Menschen aufzuklären. Auch die Suchttherapeutinnen und -therapeuten des Heimathofes Ruhr Gelsenkirchen standen für Gespräche und mit Schulungsmaterialien zur Verfügung.

Ende August 2024 verwandelte sich Ickern, der größte und einwohnerstärkste Stadtteil Castrop-Rauxels, im Rahmen

des Festivals „Ickern | Feste | Feiern“ in ein buntes Festgelände. Vertreten waren auch 125 Stände von Vereinen, Initiativen, Ausstellern und Händlern, darunter auch das Team des Heimathofes Ruhr Castrop mit Klienten aus der Arbeitstherapie. Am Glücksrad konnten die Festbesucher selbst hergestellte Tigerenten aus Holz sowie andere kleine Überraschungen gewinnen.

Alle Produkte waren von Klienten im Rahmen der Arbeitstherapie gefertigt worden. Das Highlight des Standes war zweifellos das Fahrrad mit selbsthergestellten, einzigartigen Holzschutzblechen. Diese waren in der Arbeitstherapie dank der Idee des Pädagogen Michael Manfred Gottbehüt hergestellt worden und erregten sofort die Aufmerksamkeit der Besucherinnen und Besucher. Viele waren so angetan, dass sie gleich Aufträge für die Schutzbleche erteilten.



Impressum

Kontakt – der Jahresrückblick
der Wohnungslosenhilfe des
Stiftungsbereichs Bethel.regional
der v. Bodelschwingschen Stiftungen
Bethel

Herausgeber
v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel
Stiftung Bethel
Bethel.regional
Maraweg 9 | 33617 Bielefeld
Von-der-Tann-Str. 38 | 44143 Dortmund

Autorinnen und Autoren:
Henning Ebbinghaus, Constanze
Gottlieb, Tanja Lenz-Urbach,
Julia Negri-Küster, Marcel Schmidt,
Julia Trittin

Danke an alle Klientinnen und
Klienten für ihr Mitwirken.

Fragen? Gerne an:
julia.negri-kuester@bethel.de

Gestaltung: Pia Gätjen,
stilwechselform, Bielefeld,
www.stilwechselform.de

Bildnachweise:
Tanja Lenz-Urbach, Constanze
Gottlieb, Henning Ebbinghaus,
Bethel.regional, alexander-hauk,
de_pixelio.de

*Kontakt ist unentgeltlich und erscheint
einmal jährlich. Die nächste Ausgabe
erscheint im Sommer 2026.*

www.bethel-regional.de